



Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2020

Kierspe 2030: Wege in eine zukunftsfähige Stadt

Beschlossen auf der 16. Mitgliederversammlung am 15.06.2020

Politik darf sich nicht an Wahlperioden orientieren. Nach den Kommunalwahlen 2009 und 2014 treten wir nun zum dritten Male mit einem Wahlprogramm gleichen Titels an und erläutern hier zentrale Punkte, die notwendig sind, damit Kierspe auch 2030 noch eine lebens- und liebenswerte Stadt ist. Inhaltlich ist einiges hinzugefügt, anderes herausgenommen worden. Entscheidend ist aber, daß die Grundlagen, die wir 2009 in großen Teilen beschrieben, immer noch gelten!

Wir nehmen in diesem Wahlprogramm bewußt nicht zu allen Bereichen der Kommunalpolitik Stellung, sondern beschränken uns auf die aus unserer Sicht vordringlichen Aspekte der Stadtpolitik. **Das bedeutet jedoch nicht, daß wir zu den nicht angesprochenen Punkten keine Positionen haben. Bitte sprechen Sie uns an!**

- Seit Jahrzehnten wird in Kierspe ohne Konzept und in alle Himmelsrichtungen geplant. Die heutigen Probleme in der Stadtentwicklung und im Verkehr sind zum großen Teil hausgemacht. Dazu kam in den letzten 16 Jahren eine Verwaltungsspitze, die die Stadt technokratisch verwaltete, aber wenig Visionen hatte.
- Elementar sind für uns die Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Stadt und eine nachhaltige Stadtpolitik, die auch künftigen Generationen noch Gestaltungsspielräume ermöglicht. Die Frage ist, ob eine dauerhafte Haushaltssanierung mit den herkömmlichen Mitteln alleine noch gelingen kann. Statt immer neuer Kürzungen bei den so genannten „freiwilligen“ Leistungen muß vielmehr der Kernbestand städtischer Aufgaben definiert werden. Bei der Aufgabenerledigung sind die neuen technischen Möglichkeiten zu nutzen, damit mehr Effizienz und eine größere Kundenfreundlichkeit erreicht werden kann.
- Dabei ist auf die Erhaltung einer angemessenen und tragfähigen sozialen und kulturellen Infrastruktur und Grundversorgung zu achten. Hier sind jedoch auch Bund und Land gefordert: Ohne eine konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, der muß auch zahlen“) und eine dauerhaft wirksame Reform der Gemeindefinanzierung sind die derzeitigen Probleme Kierspes nicht zu lösen!
- Die Stadt Kierspe stellt notwendige Infrastruktur nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Wirtschaft zur Verfügung. Um auch in Zukunft alle Angebote und Dienstleistungen, an die wir uns gewöhnt haben, weiter vorhalten zu können, braucht Kierspe mehr Engagement von Bürgern. Kierspe muß stärker mit freien Trägern der Jugend- und Sozialarbeit

FWG Kierspe e.V

Geschäftsstelle

📍 Haunerbusch 38
58566 Kierspe

Kommunikation

☎ 02359 295272
✉ post@fwg-kierspe.de
🏠 www.fwg-kierspe.de

AG Iserlohn • VR 1532

Als steuerbegünstigt anerkannt
vom Finanzamt Lüdenscheid
StNr. 332 / 5798 / 0775

Bankverbindung

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN: DE20 4476 1534 1194 3688 00
Vorsitzender: Peter Christian Schröder

kooperieren und gemeinsame Lösungen mit der Wirtschaft suchen, wenn das ökonomisch sinnvoll ist. Zudem ist es legitim und notwendig, die Gebühren und Steuern regelmäßig zu überprüfen und – falls notwendig – sozialverträglich anzupassen.

- Wer heute an morgen denkt, muß auch alle geplanten Projekte daraufhin überprüfen, ob die dadurch hervorgerufenen Folgekosten erwünscht und verantwortbar sind. Dies gilt insbesondere für Großprojekte wie neue Straßen oder Baugebiete sowie den möglichen Kauf neuer Immobilien. Wir lehnen solche Projekte ebenso ab wie Neuausweisungen von Wohnbau- und Gewerbeflächen auf der grünen Wiese, bevor nicht alle Potentiale aus Nachverdichtungen, Baulückenschließungen sowie Flächenrecycling ausgeschöpft wurden.
- Der demographische Wandel erfordert grundlegende Veränderungen in allen Bereichen der Daseinsfürsorge und -vorsorge und wir benötigen dafür eine generationenübergreifende Infrastruktur.

**Für all das brauchen wir Ihr Engagement und bei der Kommunalwahl Ihre Stimme.
Je stärker die FWG im Rat vertreten ist, desto mehr können wir durchsetzen.
Sie entscheiden vor Ort!**

I. Natur und Umwelt erhalten!

Kierspe ist eine Stadt im Grünen mit einer reizvollen Umgebung. Mit seiner topographischen Lage an der Grenze des Märkischen Kreises zum Bergischen Land hat es eine besondere Qualität als Wohnort und Lebensmittelpunkt in der Natur.

Inmitten ausgedehnter Wälder und in unmittelbarer Nähe zu zahlreichen Stauseen gelegen, mit einer besonders reinen Luft und Wasserqualität versehen hat Kierspe eine besonders schützenswerte Natur.

Wir wollen einen umfassenden und nachhaltigen Schutz dieser natürlichen Ressourcen und einen aktiven Umweltschutz in Kierspe. Das sind wir uns und künftigen Generationen schuldig. Nur mit gesunder Luft, sauberem Wasser und unverbauter Landschaft können wir Lebensqualität und Lebensraum heute und in Zukunft sichern. Und schon zu viele Umweltsünden wurden in Kierspe in den letzten Jahren begangen. Naherholungsgebiete wurden zerstört, Ausgleichsmaßnahmen sind oft nicht nachvollziehbar.

Eine „Klimahysterie“ jedoch, die alle Aspekte staatlichen und auch städtischen Handelns dem Klimaschutz unterordnen will, lehnen wir klar ab, denn unserer Meinung nach sind politische Klimamaßnahmen wegen des geringen Einflusses der Menschen auf die Klimaveränderung unsinnig. Die bisherigen Klimavereinbarungen belasten einseitig die westlichen Staaten, während die CO₂-Hauptverursacher China und Indien in ihrem Wachstumskurs nicht eingeschränkt werden.

Wir fordern deswegen

- mit Nachdruck und zuallererst einen eigenständigen Umweltausschuß und einen unabhängigen und handlungsfähigen Umweltbeauftragten mit umfassenden Kompetenzen. Nur dadurch kann gewährleistet werden, daß die Belange von Umwelt- und Naturschutz sowie Verbraucherschutz nicht anderen Interessen (wie jetzt im Ausschuß für Umwelt und Bauen) untergeordnet werden.
- eine Potentialstudie für die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung im Bereich der verdichteten Bebauung und des Gewerbes,
- die gemeinsame Bekämpfung von Neobiota (Riesenbärenklau, Staudenknöterich, Waschbären, Bisam etc.) mit den Volme-Kommunen und Betroffenen über die Initiierung eines Interkommunalen Arbeitskreises.

II. Stadtentwicklung vorantreiben

Die Städte und Gemeinden Deutschlands stehen vor den größten Herausforderungen seit der Wiederaufbauphase der 50er Jahre. Dauerhafte Finanzprobleme, bevölkerungsstrukturelle Umwälzungen, ein nach wie vor ungebremseter Landschaftsverbrauch und ein zunehmend interkommunaler Wettbewerb um die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben aber auch um Einwohner, sind Probleme und Tendenzen, denen sich auch die Stadt Kierspe stellen muß.

Kierspe ist langfristig und dauerhaft in allen Bereichen kommunalen Handelns einem enormen Veränderungsdruck ausgesetzt. Das macht auf der strategischen Ebene und im operativen Geschäft unverzügliches Handeln erforderlich.

Stichwort: Stadtentwicklungskonzept¹

Die einzige Lösung zur Schaffung einer Zukunft für Kierspe ist – nach wie vor – die kompromißlose und ergebnisoffene Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes. Dies bietet alle Chancen, absehbaren Trends und Problemstellungen entgegenzusteuern und Chancen und Potentiale nachhaltig auszuschöpfen. Es ist auf einen langen Betrachtungszeitraum angelegt, außerdem fachübergreifend und bietet die Möglichkeit, jenseits der laut Baugesetzbuch vorgeschriebenen Verfahrenswege aktiv werden zu können.

Ein Stadtentwicklungskonzept muß von externer, sachkundiger Stelle durchgeführt werden, um Partikularinteressen und parteipolitischen Dünkel keinen Einfluß zu gewähren. Hierzu bietet die Agenda 21², die auch Kierspe beschlossen hat, eine hervorragende Grundlage.

Es macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn, Teilfragmente wie die Ausweisung von Gewerbegebiete und Baugebieten, Straßenneubauprojekte und Einzelhandelskonzepte, zu planen und durchzuführen, ohne zu wissen, wohin der Weg Kierspes in die Zukunft gehen soll.

Stichwort: Verkehrsentwicklungsplan

Es liegt in der Natur der Sache, daß eine tragfähige Verkehrs- und Wegeplanung Bestandteil einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung ist. Die Bewältigung der Verkehrsströme in und um Kierspe ist – ebenfalls nach wie vor – eine Herausforderung: Wir dürfen nicht auf Verkehrsströme reagieren, sondern müssen sie vorausschauend planen und leiten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Um die zukünftige Entwicklung des Straßennetzes, der Bus- und Bahnangebote, nicht zuletzt auch um sichere Bedingungen zu Fuß und mit dem Fahrrad in den einzelnen Stadtteilen kon-

¹ Als Stadtentwicklungskonzept bezeichnet man zusammenfassend alle Überlegungen zu Zielsetzungen, die für die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, die Stadtgestaltung und Landschaftspflege auf längere Sicht für die Stadt und ihr Umland angestrebt werden sollen.

² Die Grundsätze der Agenda 21:

- Die Naturreichtümer von Kierspe müssen bewahrt und entwickelt werden.
- Voraussetzung für eine zukunftsbeständige Stadt ist die soziale Gerechtigkeit.
- Flächennutzungsstrukturen müssen zukunftsbeständig sein.
- Die Strukturen städtischer Mobilität müssen zukunftsbeständig sein.
- Die Bürger müssen beteiligt und die örtliche Gemeinschaft in den Prozeß der nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.
- Die Kommunalverwaltung muß auf Zukunftsbeständigkeit ausgerichtet sein.

kret zu entwickeln, muß im Anschluß an ein Stadtentwicklungskonzept ein Verkehrsentwicklungsplan erstellt werden, der ein Handlungskonzept und ein mittelfristiges Maßnahmenprogramm zur Gestaltung des gesamten Verkehrs (Auto-, Bahn-, Bus-, Fuß- und Radverkehr) beinhaltet.

Stichwort: Bauleitplanung

Bereits 2009 haben wir auf Studien des Märkischen Kreises hingewiesen, daß die Einwohnerzahl in Kierspe bis zum Jahr 2020 um etwa sieben Prozent zurückgehen wird. Bereits 2018 wurde dies überschritten. Die Erkenntnisse aus dem Projekt „Regionale 2013“ zeigten ein noch dramatischeres Bild. Allein um die Bevölkerungszahl auf dem Status Quo dieses Rückwärtstrendes zu halten, würde die Stadt Kierspe mehr als 400 attraktive und moderne Wohneinheiten zusätzlich zu den umfangreichen Leerständen von Häusern und Wohnungen im Stadtgebiet benötigen.

Unser Fazit ist aber nicht die reaktive Lösung der Vernichtung von Umwelt und naturnahen Flächen durch die Ausweisung neuer und die Erweiterung vorhandener Baugebiete. Unsere Lösung ist eine planerische Alternative: Innerstädtische Flächen, deren Nutzung schon beendet oder voraussehbar ist, so umzuwidmen, daß sie für Alt und Jung in Kierspe eine attraktive Wohnsituation bieten kann.

Wir wollen, daß Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung und demographische Entwicklung bei den Planungen und Ausführungen von Vorhaben stärker berücksichtigt werden. Wichtig ist uns, daß dabei ein verantwortungsvoller Grünanteil und Freiflächen für Lebensqualität, Naherholung und hohem Freizeitwert erhalten werden.

Stichwort: Attraktivität

Wenn wir Kierspe attraktiv gestalten wollen, müssen wir die Aufenthaltsqualität verbessern. Wir wollen mehr Plätze schaffen, an denen sich die Menschen gerne aufhalten. Die Schaffung von ortsnahen parkähnlichen Anlagen am Thaler Teich und rund um das AWO-Seniorenheim wäre ein erster Schritt in diese Richtung, die möglicherweise mit einem gewissen Gastronomieangebot abgerundet werden könnten.

Einen ganz wichtigen Punkt nehmen hier auch Sitz- und Ruhebänke ein. Schon lange haben wir in Kierspe das Problem, daß immer mehr Bänke verschwinden. Entweder vergammeln sie einfach, werden abgebaut oder gezielt kaputt gemacht. Das darf so nicht bleiben. Wir wollen ein Programm anstoßen, wieder mehr Sitz- und Ruhebänke in Kierspe zu installieren. Möglicherweise kann man dies auch mit Partnerschaften (von Firmen oder Privatleuten) realisieren.

Dagegen ist und bleibt es eines unserer zentralen Themen, negativen Einfluß auf die Lebensqualität aller Kiersper entgegenzustehen. Hierzu gehören beispielsweise Überlegungen einzelner Investoren, Vergnügungsstätten, welche konzeptionell Suchtpotential besitzen und soziale Verelendung einkalkulieren. Wir werden – wie oft bewiesen – auch weiterhin alles daran setzen, solche Dinge zu verhindern. Politisch und juristisch! Wir werden keinen wirtschaftlichen Interessen Vorschub leisten, welches mit sozialer Verelendung und Sucht Gewinne erzielen will.

Stichwort: Marktplatz

Kierspe liegt in einer landwirtschaftlich geprägten Region. Die hierin liegenden Potentiale wollen wir stärker nutzen. Wochenmärkte sind für die Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte von großer Bedeutung. Wir wollen die Marktkultur in unserer Stadt fördern. Dazu bedarf es einer völligen Überarbeitung der bestehenden Konzeption. Auch ein möglicher Ortswechsel muß in Betracht gezogen werden.

Stichwort: Eventmanagement

Zur Lebensqualität in unserer Stadt muß auch eine attraktive und professionelle Durchführung öffentlicher Großveranstaltungen gehören. Aus unserer Sicht die Stadt Kierspe sollte eigene Veranstaltungen planen und durchführen oder fördern, welche einen einzigartigen Charakter in unserer Region haben. Unter Beteiligung aller Interessenten müssen hier Ideen entwickelt und die Umsetzung solcher attraktiver Veranstaltungen durch die Verwaltung gefördert und begleitet werden.

Stichwort: Sportstättenmanagement

Kierspe verfügt über eine einzigartige Sportstättenlandschaft in unserer Region. Aber anstatt dieses Potential zu nutzen und gewinn- und attraktivitätsfördernd einzusetzen schlummern diese Sportstätten in einem Dornröschenschlaf und kosten bei weitem mehr durch Erhaltung und Pflege als sie durch Vermietung und Gebühren bei Nutzung einbringen. Dieses Verhältnis muß umgekehrt werden. Eine Vermarktung für sportliche und kulturelle Großveranstaltungen kann nicht nur zur Kostendeckung, sondern sogar zu einem finanziellen Gewinn für die Stadt Kierspe beitragen und wird ganz nebenbei zu einer Steigerung der Attraktivität über die Stadtgrenzen hinaus führen.

Wir fordern deswegen

- auf der Grundlage der Agenda 21, die auch Kierspe beschlossen hat, ein Stadtentwicklungskonzept als strategische Zielplanung erarbeiten zu lassen.
- die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes für Kierspe
- keine neuen Bau- und Industriegebiete mehr auszuweisen, bis ein Stadtentwicklungskonzept und ein Verkehrsentwicklungsplan für Kierspe vorliegt.
- ein Aufbauprogramm für Sitz- und Ruhebänke in Kierspe
- ein Event- und Marktmanagement für Kierspe
- ein Vermarktungskonzept für die Sportstätten

III. **Transparenz und Bürgerfreundlichkeit schaffen**

An keiner Stelle kann Demokratie mehr gelebt, können Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, als in den Kommunen. Deshalb zählt die Forderung nach weitreichender Transparenz und Bürgerfreundlichkeit in Kierspe zum Kern unserer Politik.

Hier leben Bürger, die sich in hohem Maße für die Entwicklung ihrer Heimatstadt interessieren und sich mit eigenen Ideen und Vorstellungen für ihr Umfeld einbringen. Dieser Wunsch nach Partizipation ist eine Ressource, die von den Mehrheitsparteien und der Verwaltung nur in unzureichendem Maße genutzt wurde. Vielmehr wurde meist der Versuch unternommen, den Bürgern die Mitsprache in den Angelegenheiten der Stadt zu erschweren.

Dem veralteten Politikverständnis der Hinterzimmer und Parteiendominanz stellen wir das Eintreten für eine Kultur der Mitsprache und offenen Diskussion entgegen. Dazu müssen die Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Bürger in den vorhandenen Institutionen ausgebaut und neue Formen der Beteiligung der Bürger entwickelt und eingesetzt werden.

Die demokratisch legitimierten Mitglieder des Rates müssen in ihren Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen gegenüber dem Bürgermeister mit seinem Verwaltungsapparat gestärkt und die Mitsprache der Bürger muß gegenüber der gesamten Kommunalverwaltung ausgeweitet werden.

Wir sind der Meinung, daß eine gute Kommunalpolitik die Beteiligung der Bürger, die Berücksichtigung ihrer Ideen und ihres Wissens voraussetzt.

Stichwort: Informationsfreiheitsgesetz

Seit 01.01.2002 gibt es in NRW das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationsrechte bei öffentlichen Verwaltungen einräumt. Wir wollen, daß die Stadtverwaltung stärker als bisher auf diese Rechte hinweist und deren Wahrnehmung unbürokratisch ermöglicht.

Stichwort: Personalpolitik

Eine Verwaltung hat dem Gemeinwohl zu dienen. Im Kiersper Rathaus macht sich jedoch eine Mangelverwaltung breit: alles Handeln wird kompromißlos dem Sparwillen untergeordnet, Widerspruch nicht geduldet, Stellen werden nicht mehr besetzt, gute Leute werden gehen gelassen, Sachgebiete willkürlich zusammengelegt u.v.m. – Die Folge: Die Stimmung im Rathaus ist schlecht, die Mitarbeiter überlastet, weil sie vielfach zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen, die sonst auf mehr Mitarbeiter verteilt werden könnten. Zusätzlich bleiben viele Dinge in der Stadt unerledigt, weil keine Mitarbeiter da sind.

Es darf jedoch nicht weiterhin – wie bisher – aus Spar- und Sachzwängen zu einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit dieser Dienste kommen. Der Abbau von Personal war für uns noch nie ein Mittel, den Haushalt zu konsolidieren. Es gibt Angelegenheiten, die müssen einfach gemacht werden, egal was sie kosten. Für uns ist in Kierspe das untere Ende der Stange schon längst erreicht und es macht längst Sinn, über eine Neuausrichtung nachzudenken.

Wir wollen auch hier Konzepte in der Personalpolitik: mehr Mitarbeiter, bessere Bezahlung, dadurch bessere Leistung und besseres Stadtbild. Dabei hat die Fachkompetenz an erster Stelle zu stehen. Eine nur am Parteibuch oder an persönlicher Bekanntschaft orientierte Personalpolitik schadet auf Dauer.

Stichwort: Bürgerwerkstätten

Wir möchten die Kiersper früher und umfassender als bisher in Planungsprozesse einbeziehen. In anderen Städten bereits praktizierte moderne Beteiligungsformen wie Planungs- oder Perspektivenwerkstätten sollen auch in Kierspe häufiger genutzt werden.

Eine Planungswerkstatt meint eine Beteiligung von Bürgern zu planerischen Fragestellungen. Sie bietet einen guten methodischen Rahmen und bewährt sich dann, wenn mit ihrer Hilfe die Ziele für eine konkrete (planerische) Fragestellung erreicht werden.

Eine Perspektivenwerkstatt ist ein konsensorientiertes Verfahren zur integrativen Stadtentwicklung. Unter dem Namen „Community Planning Weekend“ wird diese Methode im englischsprachigen Raum seit Jahrzehnten erfolgreich eingesetzt: Ein verlängertes Arbeitswochenende, an dem intensiv – gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen vor Ort – Lösungsideen erarbeitet werden.

Stichwort: Bürgerversammlungen

Bei wichtigen örtlichen oder gesamtstädtischen Entscheidungsprozessen müssen Bürgerversammlungen grundsätzlicher Standard und zu Zeitpunkten durchgeführt werden, zu denen eine effektive Einflußnahme der Bürger auf die anstehenden Entscheidungen überhaupt noch möglich ist.

Stichwort: Ratsbürgerentscheide

Wir wollen, daß sich alle Bürgerinnen und Bürger durch Volksabstimmungen an grundsätzlichen und weitreichenden Entscheidungen in der Stadt beteiligen können.

Mit dem Ratsbürgerentscheid kann der Rat Entscheidungen in grundsätzlichen und weitreichenden Fragen unterlassen und statt dessen die Bürger im Wege der Volksabstimmung entscheiden lassen. Diese Möglichkeit wollen wir nutzen. Die Durchführung von Ratsbürgerentscheiden sollte in weitreichenden Fragen in Kierspe zur Regel werden. Deshalb werden wir bei zentralen Entscheidungen, die die Stadt auf lange Zeit prägen, grundsätzlich die Durchführung eines Ratsbürgerentscheides beantragen.

Stichwort: E-Government

Oft wird der Forderung nach mehr Beteiligung der Bürger entgegengehalten, dies koste Zeit und Ressourcen und verkompliziere Entscheidungsprozesse. Dies ist eine veraltete Haltung, die die technischen Errungenschaften im Bereich der neuen Medien offenbar kaum zur Kenntnis nehmen will. Mithilfe des Internets kann kostengünstig und effektiv ein basisdemokratischer Diskussionsprozeß über anstehende politische Entscheidungen ermöglicht werden. Auch bei der Schaffung von Transparenz über politische Strukturen und Entscheidungsprozesse kann das Internet eine große Hilfe sein.

Diese Transparenz wollen wir erreichen, indem das in Kierspe bereits installierte Ratsinformationssystem um ein Diskussionsmodul erweitert wird. Die Mandatsträger können dann vor Entscheidungen den Diskussionsverlauf einsehen und die Argumente von Internetnutzern in ihre Entscheidungsfindung mit einbeziehen.

Besonders aber die Partizipation an längerfristig vorzubereitenden und grundsätzlichen Entscheidungen in der Stadt seitens einer großen Bevölkerungsgruppe kann durch das Internet vereinfacht werden. Führt die Stadt Bürgerwerkstätten oder -versammlungen zu großen Grundsatzentscheidungen durch (z.B. Aufstellung wichtiger Bebauungspläne), soll parallel ein Wiki³ zur Diskussion des Problems im Internet angeboten werden. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt können alle interessierten Internetnutzer an der Diskussion teilnehmen. Da Wikis außerordentlich effizient zur Erarbeitung von Kompromißlösungen geeignet sind, können die Ergebnisse eine gute Entscheidungsgrundlage für die Politik darstellen.

Wir fordern deswegen

- die Ergänzung des bereits bestehende Ratsinformationssystems (RIS) mit einem Diskussionsmodul auf der stadteigenen Internetpräsenz.
- die Durchführung von Bürgerversammlungen zu örtlichen oder gesamtstädtischen Entscheidungsprozessen und zu Zeitpunkten, zu denen eine effektive Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die anstehenden Entscheidungen überhaupt noch möglich ist.
- die Wiederherstellung einer schlagfähigen Verwaltungsstruktur der mit klarer Unterteilung – auch personell – der einzelnen Sachgebiete.
- Erstellung eines Personalkonzeptes mit folgenden Anforderungen:
 1. Adäquate, gerechte Bezahlung (Eingruppierungen, die nachvollziehbar und vergleichbar mit denen anderer Gemeinden sind).
 2. Ein mitarbeiterfreundlicher Personalkostenindex (z.Z. brüstet man sich damit, daß wir den günstigsten Index auf weiter Flur haben).
 3. Gerechte Arbeitsverteilung, stimmiges Gehaltsgefüge.
 4. Bessere Transparenz und Information der Mitarbeiter über/bei Entscheidungen; weniger Geheimniskrämerei.
 5. Optimierung der Technikunterstützung und -nutzung bzw. Nutzungsmöglichkeit.

³ Ein Wiki (hawaiisch für „schnell“), seltener auch „Wiki Wiki“ oder „Wiki Web“ genannt, ist ein Hypertext-System, dessen Inhalte von den Benutzern nicht nur gelesen, sondern auch online geändert werden können.

IV. Die Wirtschaft fördern und Finanzen konsolidieren

Bereits seit Jahrzehnten gelingt es unserer Stadt nicht, ihre Ausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur waren wir nicht annähernd in der Lage, die Einnahmen- und Ausgabenseite übereinander zu bringen. So etwas nennt man strukturelles Defizit.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Gesamtschule, Bundes- und Landespolitik, aber auch falsche Entscheidungen hier vor Ort, um nur einige zu nennen.

Man kann die Bürger stärker zur Kasse bitten: Steuern und Abgaben erhöhen. Das ist der „Königsweg“ der Kommunalaufsicht, verbunden mit der Auflage, alle „freiwilligen Leistungen“ wenn nötig bis auf Null zu reduzieren. Das bedeutet: Hallenbad weg, Stadtbibliothek weg, Sozialamt und Ordnungsamt zusammenlegen, weniger Straßensanierungen, weniger Sicherheit. Dies ist aber nicht unser Weg.

Wir wollen Kierspe nicht „kaputtsparen“, sondern ihre Zukunftsfähigkeit stärken. Wir wollen die bestehenden sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen weitestgehend erhalten; möglicherweise funktioniert das aber leider nur unter Inkaufnahme von Leistungseinschränkungen für die Bürger.

Politik findet auch in Krisenzeiten statt – nur müssen die Prioritäten anders gesetzt und der Einsatz der Mittel sorgfältiger geprüft werden.

Stichwort: Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung dient dem Schuldenabbau. Um die Wirtschaft von bürokratischen Problemen zu befreien, wollen wir in der Verwaltung ein Serviceportal etablieren, das als fester Ansprechpartner bei Behördengängen und Verwaltungsfragen funktioniert. Dadurch würden Unternehmen stark entlastet, die Wirtschaftskraft gestärkt und Arbeitsplätze erhalten, oder sogar neue geschaffen. Ebenfalls werden dadurch die Steuereinnahmen gesichert bzw. ausgebaut. Das Serviceportal Wirtschaft könnte auch aktives Grundstücks- und Leerstandsmanagement betreiben.

Stichwort: Auftragsvergabe

Bei der Vergabe von Aufträgen der Stadt sollen die in Kierspe ansässigen Unternehmer – soweit möglich – bevorzugt werden. Man kann nicht auf der einen Seite über sinkende Gewerbesteuern klagen und andererseits den Unternehmen, die sie bezahlen sollen, keine Gelegenheit geben, Umsätze zu machen.

Stichwort: Straßenausbaubeiträge

Öffentliche Straßen sind Gemeingut und eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Sie dürfen von jedem Bürger unseres Landes kostenfrei genutzt werden, nicht nur von den direkten Anliegern. Bau und Unterhalt sind allein Aufgabe des Bundes, des Landes, des Landkreises und der Gemeinden. Deshalb muß der Steuerzahler in der Gesamtheit die Kosten dafür tragen und nicht einzelne Grundstückseigentümer.

Eine große Ungerechtigkeit besteht darin, daß letztere aber für eine auszubauende Straße zahlen sollen, während andere, die die gleiche Straße ebenso intensiv oder sogar noch stärker nutzen, von den Straßenausbaubeiträgen verschont bleiben. Diese stellen für die Bürger eine hohe Belastung dar, die im Einzelfall sogar existenzbedrohend sein kann. Fünfstellige Beträge werden häufig umgehend fällig. Die soziale Gerechtigkeit ist hier schon lange nicht mehr gegeben.

Aus diesem Grund wollen wir die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der Stadt Kierspe ohne Wenn und Aber aussetzen.

Stichwort: Beteiligungsgesellschaften

Wichtige Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge und der städtischen Pflichtaufgaben wurden in den vergangenen Jahren in Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung geändert. Die Geschäftspolitik dieser Gesellschaften und die Entscheidungen ihrer Aufsichtsräte sind aber für die Öffentlichkeit oft nicht transparent, obwohl deren Belange betroffen sind.

Durch die Überführung von Städtischen Betrieben in privatrechtliche Gesellschaften (wie z.B. die Stadtwerke GmbH, die früher ein städtischer Eigenbetrieb mit eigenem („Werks-“) Ausschuß war) kommt es zu einem Widerspruch, da das Kommunalrecht im Gegensatz zum Gesellschaftsrecht (welches für GmbHs gilt) weitgehend vom Grundsatz der Öffentlichkeit ausgeht.

So bleiben Aufsichtsratsentscheidungen nicht nur für die Bürger oft undurchsichtig. Das gleiche gilt auch für etliche Ratsmitglieder, insbesondere wenn die jeweilige Fraktion keinen Vertreter im Aufsichtsrat hat. Sie sind dann auf das Hörensagen angewiesen. Aber auch, wenn Fraktionen Sitze in Aufsichtsräten innehaben, werden den Aufsichtsratsmitgliedern mitunter grundlegende Informationen vorenthalten, sofern sie nicht den Aufsichtsratsvorsitz innehaben.

Dies widerspricht unserem Verständnis von Informationsrecht und -pflicht. Wir möchten daher eine umfassende Information aller im Rat vertretenen Fraktionen. Nur so ist es möglich, auf der Basis dieser Informationen eine Meinung zu bilden und sinnvolle Handlungen abzuleiten.

Wir fordern deswegen

- ♦ Die Einrichtung eines Serviceportals „Wirtschaft“, das als fester Ansprechpartner bei Behördengängen und Verwaltungsfragen funktioniert.
- ♦ Die Einrichtung eines Vergabeausschusses, der für die Vergabe sämtlicher Aufträge im Planungs-, Bau- und Einrichtungsbereich sowie für sämtliche Aufträge zur Beschaffung von Gütern zur Deckung des Verwaltungsbedarfs zuständig ist.
- ♦ Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Stadt Kierspe.
- ♦ Das Aufbrechen der Schattenhaushalte durch eine regelmäßige und beantragbare Rechenschaft aus den Aufsichtsräten der Beteiligungsgesellschaften, an denen die Stadt Kierspe beteiligt ist, gegenüber dem Rat.

V. Sicherheit und Gesundheit erhalten und verbessern

Sicherheit und Gesundheit haben unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensqualität und Standortqualität für Einzelhandel und Wirtschaft. Hier fragen Bürger nicht nach gesetzlichen Zuständigkeiten, sondern richten ihre Forderungen an diejenigen, zu denen sie den unmittelbarsten Zugang haben: die Ratsmitglieder und Bürgermeister der Kommunen.

Auch hier muß in Kierspe konzeptionell gearbeitet werden. Man kann nicht immer mehr Baugebiete erschließen, wo keine medizinische Versorgung sichergestellt ist. Man kann nicht immer mehr Freizeiträume schaffen und diese unkontrolliert lassen.

Stichwort: Medizinische Versorgung

Die hausärztliche Versorgung in Kierspe hat mittlerweile⁴ einen Punkt erreicht, an dem die Stadt nicht mehr nur zugucken kann, sondern handeln muß: die Hausarztdeckung beträgt in Kierspe mit 4,5 Hausärzten pro 16 000 Einwohner nicht mal die Hälfte des Durchschnitts im Märkischen Kreis (9,18) und Nordrhein-Westfalens (9,6).

Die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) ist anscheinend nicht willens oder in der Lage ist, die Misere zu beheben oder proaktiv an einer Lösung zu arbeiten. Wir sind deshalb der Meinung, daß es notwendig ist, schnellstmöglich hier in Kierspe ein kommunales Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) mit mindestens zwei Fachärzten für Allgemeinmedizin (Hausärzten) zu gründen. Später könnte dies erweitert werden, beispielsweise auch um andere Fachärzte, wie Augenarzt, Internist, Ohrenarzt etc.

Ein gemeinsames MVZ mit Halver oder Meinerzhagen ist unserer Sicht aber nicht zielführend, denn Halver hat mit 9 Hausärzten nahezu „Vollbeschäftigung“, ähnlich wie Meinerzhagen (11 Hausärzte). Nur Kierspe liegt mit 4,5 Hausärzten weit abgeschlagen zurück.

Stichwort: Vandalismus

Vandalismus ist schon seit geraumer Zeit ein Problem in Kierspe. Bereits 2014 haben wir deshalb gefordert, ein Sicherheitskonzept für Kierspe zu entwickeln, welches zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohungen, zum Schutz der im Eigentum der Stadt befindlichen Gebäude und Objekte und von Allgemeingut und zur Sauberkeit des Stadtbildes dienen soll.

Geschehen ist – außer neuerlichem Vandalismus – nichts! Im Gegenteil: Ein gutes, in Deutschland sogar führendes Sicherheitsunternehmen, das in Kierspe Streife lief (und mit dessen Hilfe es z.B. erst möglich war, den Brandstifter der großen Turnhalle zu ermitteln), wurde mit fadenscheinigen Begründungen ausgebootet und durch ein anderes Unternehmen ersetzt, dessen Tätigkeit zumindest nach seiner Vorstellung im Ausschuß zweifelhaft erscheint. Zudem wurden dessen Arbeitszeit in Kierspe noch von 90 auf 50 Stunden fast halbiert, womit die Sicherheit in Kierspe auch zurückgegangen ist.

Äußerlich begünstigt wird Vandalismus in Kierspe jedenfalls durch völlig unzureichende Präsenz von Polizei und anderen Ordnungskräften. Dazu kommt als gesellschaftliches Problem das fast

⁴ Stand: 15.06.2020

völlige Fehlen der Sozialkontrolle. Man schaut weg oder kümmert sich höchstens noch um sein engstes Wohnumfeld. Deshalb halten wir es weiter für notwendig, die Überwachung des öffentlichen Raumes durch Polizei, Sicherheitsunternehmen/Ordnungsamt und spezielle technische Einrichtungen zu verstärken. Es muß mehr Präsenz gezeigt werden an den gefährdeten Orten wie Rathausumfeld und Gesamtschule! Es kann nicht sein, daß wir uns von einer Minderheit unseren Lebensraum kaputt machen lassen.

Stichwort: Feuerwehr

Der Feuerschutz in Kierspe befindet sich auf einem anerkannt guten Niveau. Es werden viele Anstrengungen unternommen, um die räumliche Unterbringung, die Ausstattung und den Fahrzeugbestand der Feuerwehr zu optimieren.

Trotzdem hat die Feuerwehr in Kierspe – nach wie vor – mit personellen Problemen zu kämpfen, die u.a. die Tagesverfügbarkeit in Frage stellen. Ein dramatischer Einbruch konnte bisher nur aufgrund der starken Zahlen im Bereich der Jugendfeuerwehr verhindert werden.⁵

Der Brandschutzbedarfsplan der Stadt Kierspe schreibt vor: *„Hier muß die Stadt Kierspe in Abstimmung mit der Wehrleitung konkrete Maßnahmen ergreifen, um mehr Personal für die Feuerwehr zu gewinnen.“*⁶ Auch wir sind der Meinung, daß die Stadt Kierspe hier schnellstens handeln muß und wollen ein mehrstufiges Nachwuchsförderungs- und Motivationskonzept für die Feuerwehr beschließen, das u.a. eine Krankenzusatzversicherung, eine Zusatzrente und auch Entschädigungszahlungen für Funktionsträger enthalten könnte.

Dieses Vorhaben würde zwar ein beträchtliches finanzielles Engagement der Stadt fordern, was jedoch aus unserer Sicht absolut vertretbar ist, denn die Sicherstellung des Brandschutzes ist nach dem Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) eine Pflichtaufgabe. Mit anderen Worten: Ist eine Freiwillige Feuerwehr nicht mehr existent, muß die Stadt eine Pflicht- /Berufsfeuerwehr gründen, was Kierspe wesentlich teurer käme, als diese vorgeschlagenen Maßnahmen.

Wir fordern deswegen

- ♦ Die schnellstmögliche Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Kierspe mit mindestens zwei Fachärzten für Allgemeinmedizin (Hausärzten).
- ♦ Die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für Kierspe, welches dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohungen und zum Schutz der im Eigentum der Stadt befindlichen Gebäude und Objekte, zur Sauberkeit des Stadtbildes und dem Schutz von Allgemeingut dienen soll.
- ♦ Besseren Schutz der städtischen Mitarbeiter im Bürgerbüro vor Bedrohungen und körperlicher Gewalt.
- ♦ Mehr öffentliche Präsenz des Ordnungsamtes, wenn nötig durch personelle Aufstockung,

⁵ s. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Kierspe, Punkt 7.1 Sollstruktur Löschzüge, Löschgruppen

⁶ s. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Kierspe, Punkt 9. Maßnahmen

Anschaffung von Sicherheitsausrüstung, evtl. auch von einem speziellen Kraftfahrzeug.

- **Die Errichtung einer eigenen Polizeiwache in Kierspe.**
- **Die Erstellung eines Nachwuchsförderungs- und Motivationskonzeptes für die Feuerwehr.**